



STADT AICHTAL

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates

Verhandelt am: 19.07.2023

Anwesende Stadträte: 17

Abwesende Stadträte: 1

Beginn der Sitzung:	19:00 Uhr
Ende der Sitzung:	22:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Sebastian Kurz

Stadträte

Herr Friedemann Alber
Herr Mathias Auch
Herr Markus Brecht
Herr Marc Bubeck
Herr Adalbert Bund
Herr Ernst Harrer
Herr Jörg Harrer
Herr Jörg Kimmich
Herr Christoph Mack
Frau Nadine Madera
Herr Gunter Schaal
Frau Pia Schwarz
Herr Jürgen Steck
Frau Eva Sturm
Frau Annette Thaler
Herr Thomas Vater
Herr Jürgen Weinmann

von der Verwaltung

Herr Horst Dieter
Herr Stefan Ochs
Frau Selina Sysol

Schriftführung

Frau Sabine Zalder

Abwesend:

Stadträte

Herr Jugoslav Lukic



Tagesordnung:

- § 1 Fragen und Anregungen aus der Bürgerschaft
- § 2 Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung
- § 3 Stadtentwicklung: Traube/Krone Areal in Aichtal-Neuenhaus - Vorstellung der Standortanalyse und der Konzeptentwürfe für die Projektentwicklung
- § 4 Stadtentwicklung: Realisierungswettbewerb "Campus Weiherbach", Vorstellung und Billigung der Auslobungsunterlagen
- § 5 Stadtentwicklung: Vorstellung der städtebaulichen Entwürfe für den Bereich Hindenburgplatz bis Rathaus in Aichtal-Grötzingen
- § 6 Stadtentwicklung - Ausnahme von der Veränderungssperre für das Bauvorhaben Silberstraße 5 in Aichtal-Neuenhaus
- § 7 Freiwillige Feuerwehr Aichtal - Vorstellung der Machbarkeitsstudie und Konkretisierung des Standortes des zukünftigen Feuerwehrhauses
- § 8 Sachzuwendung zur Mitarbeiterbindung
- § 9 Zustimmung zur Annahme von Spenden nach § 78 Abs. 4 GemO
- § 10 9. Änderung Bebauungsplan "Schönblicksiedlung" in Aichtal-Grötzingen - Aufstellungsbeschluss und Billigung des Entwurfs
- § 11 Verschiedenes

Zur Beurkundung:

Der Vorsitzende:
Bürgermeister

Schriftführerin:

Stadträte:



§ 1

Fragen und Anregungen aus der Bürgerschaft

Unter diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.

§ 2

Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung

Bürgermeister Kurz gibt unter diesem Tagesordnungspunkt bekannt, dass der Gemeinderat in seiner letzten nichtöffentlichen Sitzung den Verkauf der Parzellen 21 und 22 im neuen Gewerbegebiet Südliche Riedwiesen an die Karl-Schlecht-Stiftung beschlossen hat.

§ 3

Stadtentwicklung: Traube/Krone Areal in Aichtal-Neuenhaus - Vorstellung der Standortanalyse und der Konzeptentwürfe für die Projektentwicklung

Jeder Stadtrat erhielt zu diesem Tagesordnungspunkt die Vorlage Nr. 102/2023, die diesem Protokoll beigelegt ist.

Bei diesem Tagesordnungspunkt begrüßt Bürgermeister Kurz Frau Liebscher und Herrn Hofmann vom Büro STEG.

Beim städtebaulich bedeutenden Projekt „Traube/Krone Areal“ in Neuenhaus handelt es sich um einen begrenzten Bereich in der Ortsmitte. In unmittelbarer Nähe befindet sich das ehemalige Gebäude „Waldhorn“ (Kanalstraße 1), das zusammen mit dem angrenzenden Grundstück Silcherstraße 3 als Teil eines neu zu ordnenden Bereichs zu sehen ist. Zwischenzeitlich wurde auch das Grundstück Mozartstraße 4 durch die Stadt Aichtal erworben. Dieses Quartier ist im Rahmen der Projektentwicklung weiterzuentwickeln, die notwendigen Beschlüsse wurden gefasst.

Der Begriff Projektentwicklung beschreibt dabei einen ganzheitlichen Prozess, in dem die Stadt Aichtal die Zielkonzeption der späteren Bebauung hinsichtlich des städtebaulichen Entwurfs und der Nutzungen entwickelt. Ein externer Investor soll hierbei für die Planung, die Finanzierung und die Aktivierung der späteren Nutzer verantwortlich sein. Er steuert die einzelnen Akteure und koordiniert die erforderlichen Verfahrensschritte.

Die erste Phase dieses Prozesses – die Standortanalyse – wurde zwischenzeitlich abgeschlossen. Diese Zusammenfassung aller Faktoren, die für potentielle Investoren von Bedeutung sind, wird Teil des Exposés, das im Weiteren bei der Suche nach Projektpartnern als Grundlage dient.



Als weitere Vorgabe für die Akquirierung leistungsfähiger Unternehmen wurden zwei städtebauliche Entwürfe für eine sinnvolle Neubebauung des Areals erstellt. Frau Liebscher stellt diese mit einer Computerpräsentation den Anwesenden vor. Das darin berücksichtigte Nutzungskonzept stellt sich wie folgt dar:

- Schaffung von Wohnraum
- Revitalisierung der Gaststätte Waldhorn
- Schaffung attraktiver Aufenthaltsflächen im Freien
- Nahversorgung durch beispielsweise „Tante M“ Laden
- Multifunktionsfläche für Vereine und Organisationen für Verwaltungstätigkeiten und Veranstaltungen mit einer begrenzten Teilnehmerzahl von circa 20 Personen
- Paketstation

Frau Liebscher erläutert die erstellte Standortanalyse. So sind artenschutzrechtliche Belange ebenso wie die Erschließung zu prüfen. Auch gibt es Baulasten zu berücksichtigen. Sodann stellt sie die Konzeptplanung vor. Es sind circa 27 barrierefreie Wohneinheiten für Jung und Alt geplant. Der Stellplatzschlüssel wird mit 1,5 Stellplätzen pro Wohneinheit festgelegt. Stellplätze werden sowohl in einer Tiefgarage als auch im Freien geplant. Sie stellt fest, dass angesichts der Kosten je Stellplatz in Höhe von 25.000 bis 30.000 Euro mehr nicht möglich sind. Für den Bereich der ehemaligen Gaststätte Waldhorn ist wieder eine Gastronomie angedacht. Ebenfalls ist ein Multifunktionsraum geplant. Hier könnte eine ambulante ärztliche Versorgung stattfinden, aber auch Sprechstunden des Bürgermeisters wären hier möglich. Der Raum könnte in der Regie der Stadt bleiben, die ihn nach Bedarf vermietet.

Stadtrat J. Harrer nimmt ab hier an der Sitzung teil.

Für die Nahversorgung ist ein Tante M-Laden angedacht. Auch der Wochenmarkt wäre auf dem entstehenden Platz möglich.

Die STEG hat auch ein Alternativkonzept vorbereitet, das Frau Liebscher ebenfalls kurz vorstellt. Die architektonischen Konzepte ähneln sich in den wesentlichen Inhalten. Maßgebender Unterschied der beiden Vorentwürfe ist die Stellung der Baukörper beziehungsweise die unterschiedliche Anordnung der Giebel. Aus Sicht der STEG sowie der Verwaltung ist der Entwurf mit einer giebelständigen Anordnung der Gebäude städtebaulich zu bevorzugen, weil sich daraus eine interessante und sinnvolle Ergänzung der vorhandenen Kulisse ergibt.

Frau Liebscher betont, dass sie selten so gute Voraussetzungen für die Entwicklung eines Konzepts vorgefunden hat wie in Neuenhaus. Es ist wirklich eine große Chance. In ihren folgenden Ausführungen geht sie auf das weitere Vorgehen ein. Falls gewünscht kann die Planung vom Gemeinderat noch angepasst werden. Möglich ist auch, im Herbst eine Bürgerbeteiligung durchzuführen. Sie stellt sich diese als Infoveranstaltung vor, bei der der aktuelle Planungsstand vorgestellt wird und weitere Ideen gesammelt werden können. Danach muss geprüft werden, inwieweit die Wünsche und Ideen zum Konzept passen und diese integriert werden können. Sie stellt aber klar, dass der Spielraum hier nicht allzu groß ist.



Bürgermeister Kurz dankt Frau Liebscher für deren Konzeptvorstellung. Rückblickend stellt er fest, dass man sich zwischen 2010 und 2012 bereits schon mit der städtebaulichen Studie befasste und die Stadt seither wichtige Grundstücke kaufen konnte. Er begrüßt die von Frau Liebscher genannten unterschiedlichen Wohnungsgrößen, wodurch ein Mehrgenerationenquartier entstehen kann. Zum Tante M-Laden erklärt er, dass die Nahversorgung durchaus wichtig ist, eine Konkurrenz zu dem bereits vorhandenen Angebot jedoch vermieden werden sollte. Die Bürgerbeteiligung ist ihm ein Anliegen. Sie sollte vor Ort stattfinden.

Stadtrat Kimmich interessiert, ob hier auch Wohnraum für junge Familien geplant ist, was Frau Liebscher bejaht.

Stadtrat Kimmich spricht außerdem die Bürgerbeteiligung an, die für ihn etwas spät kommt. Frau Liebscher erklärt dazu, dass diese Reihenfolge normal ist. Es muss vorher einen Entwurf geben, auf dessen Grundlage diskutiert werden kann.

Stadträtin Sturm ist eine Bürgerbeteiligung ebenfalls wichtig. Das Konzept sieht für sie gut aus. Auch sie spricht sich für eine Bürgerbeteiligung vor Ort aus.

Stadträtin Schwarz ist sehr angetan von den Entwürfen. Eine Durchmischung findet sie gut und den Marktplatz begrüßt sie sehr.

Stadtrat E. Harrer ist ebenfalls von den Vorschlägen begeistert. Er spricht sich ganz klar für Alternative 1 mit der giebelständigen Lösung aus. Eine Gaststätte sollte dort unbedingt vorgesehen werden, früher gab es gerade an diesem Standort mehrere Gaststätten. Bei der geplanten Nahversorgung sollte die Metzgerei Hörz auf jeden Fall mit eingebunden werden. Er spricht außerdem das Thema Photovoltaik an, das er dort für nicht sehr effektiv hält.

Frau Liebscher entgegnet auf das Letztere, dass das Energiekonzept erst noch geprüft werden muss.

Auch Stadtrat Bubeck ist vom Konzept sehr angetan. Es ist eine einzigartige Chance für Neuenhaus. Die Schaffung eines Platzes dort ist ihm sehr wichtig.

Stadtrat Bund richtet die Frage an die Verwaltung, warum dieses Thema nicht zuerst im Ausschuss für Umwelt und Technik vorberaten wurde. Er fordert, dies künftig wieder so zu handhaben. Wenn es im Gemeinderat allen vorgestellt wird, fühlen sich manche einfach überfordert. Auch für ihn sind die Vorschläge der STEG sehr passend. Er bittet um Information, was unter ambulanten Räumen zu verstehen ist.

Frau Liebscher erklärt, dass hier beispielsweise mit dem Multifunktionsraum eine Tagespflege angedacht werden könnte.

Herr Bund dankt für diese Erklärung und erkundigt sich, ob bereits Gespräche mit entsprechenden Interessenten geführt wurden, was Frau Liebscher jedoch verneint.



Stadtrat Steck dankt für das hervorragende Konzept. Sein Dank geht auch an die Grundstücksbesitzer, die jetzt als letzte ihr Grundstück an die Stadt verkauften und so eine Abrundung des Geländes ermöglichten. Er ist überzeugt, dass die Ortsmitte Neuenhaus ein Schmuckstück werden wird. Ihm ist außerordentlich wichtig, dass gerade hier eine Durchmischung der Bewohner erreicht wird. Dies muss seiner Ansicht nach von der Stadt vorgegeben werden. Wichtig ist ihm auch, dass ein gutes Wärmekonzept mit einem Nahwärmenetz erstellt wird.

Bei den Wohnungen für betreutes Wohnen ist er gespannt, ob sich hierfür ein Betreiber findet. Frau Liebscher erläutert dazu, dass betreutes Wohnen nicht bedeutet, dies mit einem Betreiber anzubieten, sondern dass barrierefreie Wohnungen angeboten werden und jeder selbst für entsprechende Hilfen sorgen kann.

Stadtrat Steck spricht das Architekturbüro PLAN7 an, das die Pläne erstellt hat. Laut Frau Liebscher handelt es sich hier um einen Kooperationsbüro der STEG. Die STEG selbst ist kein Architekturbüro.

Stadtrat J. Harrer berichtet, dass jeder sich auf die Realisierung dieses Projekts freut. Er bemängelt, dass es lediglich eine Multifunktionsfläche für 20 Personen geben soll. Er fordert, dass jetzt in diesem Zuge eine größere Versammlungsstätte für Neuenhaus geschaffen wird und denkt dabei an mindestens 40 bis 50 Personen. Er regt an, dies vorab einmal im Ausschuss für Umwelt und Technik zu diskutieren.

Frau Liebscher befürchtet, dass hierdurch zu viel Raum verloren geht und finanzielle Einbußen entstehen. Aber selbstverständlich kann dies noch diskutiert werden. Dem stimmt auch Bürgermeister Kurz zu. Er wird dies in den Ausschuss für Umwelt und Technik mitnehmen.

Stadtrat E. Harrer bittet um eine Aufstellung, wie der Häfnersaal genau belegt ist. Er erinnert daran, dass Musikverein und Sportverein eigene Vereinsräume haben.

Abschließend fasst der Gemeinderat folgende einstimmigen

Beschlüsse:

1. Die Standortanalyse im Rahmen der Projektentwicklung des „Traube/Krone Areal“ in Aichtal-Neuenhaus wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Konzeptentwurf für die Bebauung der Fläche wird grundsätzlich weiterverfolgt. Die Alternativplanung wird verworfen. Auf Grundlage des vorliegenden Entwurfs wird eine Bürgerbeteiligung durchgeführt, deren Ergebnisse in das Konzept einfließen.



§ 4

Stadtentwicklung: Realisierungswettbewerb "Campus Weiherbach", Vorstellung und Billigung der Auslobungsunterlagen

Zu diesem Tagesordnungspunkt erhielt jeder Stadtrat die Vorlage Nr. 104/2023. Sie ist diesem Protokoll beigelegt. Auf die ausführlichen Ausführungen darin wird verwiesen.

Bürgermeister Kurz begrüßt bei diesem Tagesordnungspunkt Marlen Heckmann und Mirjam Hornung vom Sachgebiet Betreuung, Bildung, Kultur.

Durch die Umwandlung der früheren Werkrealschule in Grötzingen in eine reine, zweizügige Grundschule hat sich an diesem Bildungsstandort ein erhebliches Entwicklungspotenzial ergeben.

Einleitend berichtet der Bürgermeister, dass der Gemeinderat in der Vergangenheit die Weiterentwicklung dieser Schule zu einer Bildungseinrichtung für Kinder im Alter zwischen 1 und 10 Jahren beschlossen und damit eines der strategischen Ziele der Stadt Aichtal für die nächsten Jahre definiert hat. In verschiedenen Bauabschnitten sollen der Neubau einer Kita sowie der Umbau der Schule verwirklicht werden. Die Schule ist dabei als letztes dran. Primäres Ziel ist, so Bürgermeister Kurz, die Erfüllung der kommunalen Pflichtaufgaben, nämlich Schaffung von Kita-Plätzen und Realisierung des Rechtsanspruchs auf Ganztagesbetreuungsplätze. Es sollen dort 120 Kita-Plätze geschaffen werden. Keine Pflichtaufgabe der Kommune ist die Schaffung von Vereinsräumen. Trotzdem soll als Freiwilligkeitsleistung auch für die Vereine gesorgt werden. Geplant sind hier Multifunktionsräume, Lagerflächen und Büroräume für Vereine. Die neue geplante Aula mit 320 m² soll allen zur Nutzung zur Verfügung stehen. Bürgermeister Kurz betont den immensen Druck, Betreuungsplätze zu schaffen. Außerdem informiert er über Kosten in Höhe von 60.000 Euro jährlich für den Betrieb des alten Rathauses in Grötzingen.

Da ein höherer Raumbedarf besteht, als Platz im Mittelbau der Schule vorhanden ist, soll dieser abgerissen werden. Bürgermeister Kurz versichert, dass die Vereine mitgenommen werden. Sie müssen keine Sorge haben, dass das alte Rathaus nächstes Jahr schon abgerissen wird. Er verspricht, dass die Vereine gute Alternativen angeboten bekommen werden. Er betont, dass der Campus Weiherbach eine große Chance für Kinder, Senioren und Vereine darstellt. Auch bei diesem Thema war Ziel, zuerst einmal einen Entwurf auszuarbeiten und mit diesem dann in die Bürger- beziehungsweise Vereinsbeteiligung zu gehen. Grundlage für die Aufgabenstellung ist dabei eine funktionale Beschreibung der späteren Nutzung des Objekts und ein detailliertes Raumprogramm, das zwingend von allen Teilnehmern im Entwurf umgesetzt werden muss. Diese Vorgaben werden in den Auslobungsunterlagen zusammengefasst.

Frau Heckmann nimmt zum Raumkonzept Stellung. Die Stadt braucht dringendst Betreuungsplätze, sie hat jetzt schon nicht genug. Mit einem offenen Konzept sollen erste Verknüpfungen zur Schule entstehen. Mit einem Umzug der Bücherei in den Campus Weiherbach



kann auch diese in das Konzept hervorragend mit einbezogen werden. Sie fordert den Gemeinderat auf, diesen Schatz zu nutzen und das Beste aus dem Gelände herauszuholen.

Frau Hornung geht auf die Grundschulbetreuung ein, die derzeit von 120 Kindern besucht wird. Bereits jetzt sind die Räumlichkeiten hierfür zu klein. Mit dem Campus Weiherbach sollen neue, unterschiedliche Räume geschaffen werden. Es wird Rückzugsräume geben und sogar die Flure werden sinnvoll genutzt. Abends können diese Räume anders und durch andere genutzt werden. Gedacht ist an buchbare Räume, die offen für alle sind. In der Mensa könnten Veranstaltungen stattfinden, ebenso in der Aula. Ihr schwebt vor, dass dort den ganzen Tag und Abend über Leben sein wird.

Frau Hornung geht auch auf das Thema Beteiligung ein. Sie gibt zu bedenken, dass bei solchen Vorhaben auch Normen und Vorschriften von höherer Stelle beachtet werden müssen. Deshalb ist ein Entwurf wichtig, mit dem weitergearbeitet werden kann. Sie betont, dass es ein freies Angebot für die Vereine ist, das keiner annehmen muss.

Stadtrat Steck stellt fest, dass man sich eigentlich über ein solches Projekt freuen könnte. Er bringt jedoch seinen Unmut zum Ausdruck, wie hier gearbeitet wird. Er beklagt die mangelnde Beteiligung des Gemeinderats und hier insbesondere der Projektgruppe Campus Weiherbach. Alle Raumpläne sind fertig, große Änderungen sind nicht mehr möglich. Selbstverständlich weiß er, dass es eine Pflichtaufgabe ist und dass die Eltern warten. Er bemängelt allerdings weiter, dass auch keine Gespräche mit der Schule stattfanden. Es gab keine Definition einer modernen Schule. Ebenfalls wurden die Vereine nicht im Vorfeld befragt. Das, was hier für Vereine geplant ist, sind Geschäftsräume aber keine Vereinsräume. Natürlich ist verständlich, dass die Vereine hier aufschrecken, zumal wenn man das Ganze im Zusammenhang mit den Vorschlägen zur neuen Ortsmitte Grötzingen betrachtet. Bei multifunktionalen Räumen geht die Kameradschaftspflege seiner Ansicht nach verloren. Ihn interessiert, ob beispielsweise auch mit der Bibliothek gesprochen wurde. Ihm ist sehr wichtig, sich mit den Betroffenen auszutauschen. Bis jetzt verstand er das Projekt als ein gemeinsames Arbeiten. Allerdings hat man sich bis heute nicht inhaltlich über die Pläne ausgetauscht. Es fand zwar eine gewisse Vorarbeit in der Projektgruppe statt, dann gab aber die Verwaltung den Startschuss und nicht der Gemeinderat. Seiner Ansicht nach wurden hier bereits im Vorfeld sehr viele Fehler gemacht.

Bürgermeister Kurz bittet um Verständnis für die Vorgaben der Stadt. Sollten Vereinsräume so übernommen werden, wie sie bis jetzt im alten Rathaus Grötzingen sind, entstünden weitere Kosten in Höhe von circa 1,7 Millionen Euro. Der Bürgermeister erinnert deshalb an das begrenzte Budget der Stadt. Man sollte bei den Vereinen keine falschen Hoffnungen wecken. Deshalb steht für die Verwaltung fest, dass es keine einzelnen Clubräume geben kann. Er bittet den Gemeinderat dringend, bei diesem Vorhaben unbedingt die Kosten im Auge zu behalten. Er appelliert an den Gemeinderat, die Pflichtaufgaben im Auge zu behalten. Die Entscheidungen zu diesem Thema wurden lange aufgeschoben und müssen jetzt nachgeholt werden und zwar schnell.

Stadtrat Steck pflichtet ihm hier bei. Keinesfalls dürfen Entscheidungen aber so schnell fallen und ohne die Betroffenen mitzunehmen. Alle Beteiligten brauchen einen kreativen Aus-



tausch. So interessiert ihn beispielsweise auch die Meinung des Büchereipersonals. Vielleicht wäre es bei einem Auszug der Bücherei auch möglich, im Helenenheim neue Vereinsräume zu schaffen.

Bürgermeister Kurz erklärt, dass auch die Leiterin der Stadtbücherei bereits den Wunsch nach einer Umsiedlung der Bibliothek äußerte. Außerdem erklärt er, dass nicht heute alles bis ins letzte Detail geplant werden muss. Mit der Nutzung des Helenenheims kann man sich zu einem späteren Zeitpunkt befassen.

Frau Hornung geht noch einmal auf die Schulräume ein. Sie machte drei Fortbildungen zum Thema Gestaltung von Räumen und hat hier das notwendige Fachwissen. Für Schulräume gibt es Vorgaben. Die Stadt plant jetzt mit Räumen für 30 Kinder. Wie die Räume der Schule gestaltet werden, muss heute nicht entschieden werden. Wenn es so weit ist, wird die Schule selbstverständlich daran beteiligt werden. Sie bittet, hier auch auf das Fachwissen der Verwaltung zu vertrauen.

Stadträtin Sturm ist trotzdem sehr unzufrieden darüber, dass die Schule in die Planungen nicht einbezogen wurde.

Frau Hornung versucht klar zu machen, dass die Innenausstattung heute kein Thema ist. Erst hierbei ist es wichtig, die Schule einzubeziehen. Sie betont nochmals, dass die Klassenräume genormt sind. Zum jetzigen Zeitpunkt werden erst Flächen generiert und in ausreichender Größe vorgesehen.

Stadträtin Sturm gibt sich damit nicht zufrieden und verweist auf andere Kommunen, wo dies anders gehandhabt wurde. Deshalb hat sie hier große Bedenken.

Auch Frau Heckmann versucht nochmals klarzustellen, dass Räume in ausreichender Größe und Anzahl für die Schule eingeplant werden. Sie auszustatten und mit Leben zu füllen sind erst die nächsten Schritte.

Die angestrebte komplexe Nutzung der vorhandenen baulichen Anlagen und des zur Verfügung stehenden Grundstückes macht eine umfangreiche Planungsleistung erforderlich. Die wettbewerbsrechtlichen Vorgaben und die architektonische Herausforderung haben dazu geführt, dass ein Realisierungswettbewerbsverfahren in die Wege geleitet wurde. Im Zuge dieses Verfahrens werden die Zieldefinition des Projekts beschrieben und qualifizierte Planungsbüros zur Teilnahme an dem Wettbewerb aufgefordert. Bürgermeister Kurz bittet, dies auch weiterhin anzustreben. Die Alternative wäre, mit nur einem Architekten weitere drei bis vier Jahre zu planen, was sicher nicht gewünscht wird.

Stadtrat Bubeck ist wichtig, sich bewusst zu machen, dass es hier um Plätze und Räume für Kinder geht. Die Vereinsräume sind lediglich ein Nebeneffekt. Er bittet, bei den Vereinen keine falschen Erwartungen zu wecken. Diese werden berücksichtigt, aber eben nur nachrangig. Man sollte auf diesem Weg weitergehen und das Projekt hier nicht stoppen.



STADT AICHTAL

Stadträtin Thaler hält es für eine Frage des Respekts, die Schulleitung hierzu wenigstens anzuhören. Die Bücherei verfügt derzeit über 240 m² Fläche, im Campus Weiherbach wäre dies ebenso. Sie sieht deshalb keinen Vorteil. Stattdessen müsste wenigstens über eine Vergrößerung nachgedacht werden. Vergrößerungsmöglichkeiten gäbe es auch im Helenenheim. Deshalb sollte dort grundrenoviert und die Bücherei dort belassen werden. Der Platz im Campus Weiherbach stünde dann anderen dort zur Verfügung. Ihr ist sehr wichtig, die Bücherei in der Ortsmitte zu belassen, damit diese nicht vollends verödet.

Stadtrat Kimmich stellt fest, dass das Projekt viele Leute betrifft und dennoch keine Bürgerbeteiligung durchgeführt wurde. Er erinnert an die früher von Bürgermeister Kurz gemachte Zusage, dass ausreichend Zeit besteht, das Projekt zu diskutieren. Im Übrigen stellt er fest, dass ursprünglich einmal zwei Millionen Euro angedacht wurden und man nun bei zehn Millionen liegt – und dies nur für ein Grötzingen Projekt. Man darf nicht vergessen, dass auch in Aich die Sanierung der Schule früher oder später ansteht. Ihm persönlich geht alles zu schnell und die Betroffenen müssen unbedingt beteiligt werden. Zum Thema Helenenheim ist er der Ansicht, dass dort ohnehin Investitionen notwendig sind, er erinnert hier an das Thema Brandschutz. Auch er könnte sich Vereinsräume im Helenenheim gut vorstellen. Stadtrat Kimmich bemängelt sehr, dass man heute über die Auslobungsunterlagen entscheiden soll.

Bürgermeister Kurz stellt klar, dass der Brandschutz nur angegangen werden muss, wenn dort Veranstaltungen mit über 20 Personen stattfinden. Im Übrigen stellt er fest, dass der Gemeinderat sich für einen Architektenwettbewerb entschied. Hierfür ist das geplante Vorgehen mit Auslobungsunterlagen usw. notwendig.

Stadträtin Schwarz dankt der Verwaltung für die ausführlichen Erläuterungen. Sie fordert alle auf, jetzt nach vorne zu blicken. Für sie gehört die Bücherei ganz klar zum Campus. Räume, die meistens leer stehen wie jetzt die Vereinsräume im Rathaus Grötzingen, sind weder wirtschaftlich noch ökologisch sinnvoll. Andere Lösungen sind deshalb wünschenswert.

Stadtrat Bund bekräftigt den Wunsch des Gemeinderats nach einem solchen Projekt. Allerdings hätten schon vor einem halben Jahr sowohl Gemeinderat als auch Bürger beteiligt werden müssen. Jetzt ist ein Zeitdruck entstanden, mit dem schwierig umzugehen ist. Er fordert trotzdem Zeit für Vorberatungen. Es muss nach Kompromissen gesucht werden.

Stadtrat Steck unterstützt die Forderungen seines Kollegen. Er bittet, dass man sich kurzfristig mit den Beteiligten trifft. Seiner Ansicht nach wurde das Thema dilettantisch angegangen. Arbeitsgruppen werden offensichtlich gebildet aber nicht gebraucht. Künftig kann deshalb darauf verzichtet werden.

Da es keine neuen Argumente gibt, beschließt Bürgermeister Kurz die Diskussion und schlägt vor, nun über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abzustimmen. Er bittet nochmals dringend um Zustimmung zu den Beschlussvorschlägen der Verwaltung, um nicht noch ein weiteres Jahr zu verlieren. Er lässt über die Beschlussvorschläge getrennt abstimmen.



Der Beschlussvorschlag Nr. 1 erhält acht Ja-Stimmen, neun Nein-Stimmen und eine Enthaltung und ist damit abgelehnt. Eine Beschlussfassung über Beschlussvorschlag Nr. 2 erübrigt sich damit. Damit gilt folgender

B e s c h l u s s:

Der Inhalt der Auslobungsunterlagen des Realisierungswettbewerbs „Bildungscampus Weiherbach“ wird nicht gebilligt.

§ 5

Stadtentwicklung: Vorstellung der städtebaulichen Entwürfe für den Bereich Hindenburgplatz bis Rathaus in Aichtal-Grötzingen

Zu diesem Tagesordnungspunkt erhielt jeder Stadtrat die Vorlage Nr. 105/2023. Sie ist diesem Protokoll beigelegt.

Bürgermeister Kurz begrüßt bei diesem Tagesordnungspunkt Herr Haas und Herr Hespings vom Büro haas cook zemmrich.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2022 und 2023 wurden Anträge mehrere Fraktionen gestellt, die die Umgestaltung und Steigerung der Aufenthaltsqualität des Hindenburgplatzes in Aichtal-Grötzingen zum Inhalt hatten.

Der Stadtverwaltung ist es bezüglich der städtebaulichen Erneuerung in Aichtal immer wichtig, eine ganzheitliche Betrachtung der Situation ausreichend zu würdigen. Der Aufenthaltsbereich zwischen Grabenstraße und Nürtinger Straße stellt in diesem Kontext dabei einen Baustein dar, der planerisch im Zusammenhang mit einer gedachten Achse bis zum Rathaus/evangelische Kirche gesehen werden muss. Die spätere Umsetzung der Entwürfe ist aber in einzelnen Phasen denkbar und vermutlich erforderlich.

Um den Planungsauftrag in der erforderlichen Qualität erfüllen zu können, hat die Stadtverwaltung Kontakt zum Büro haas cook zemmrich aus Stuttgart aufgenommen.

Herr Haas stellt sich und sein Büro kurz vor. Er berichtet anhand einer Computerpräsentation, dass sich das Planungsbüro intensiv mit der städtebaulichen Situation, der Historie, den bestehenden Missständen und den Potenzialen beschäftigt hat, die der Hindenburgplatz und das maßgebende Umfeld beinhalten. Herr Haas betont dabei ausdrücklich, dass hier großes Potenzial vorhanden ist. Man stelle sich die Fragen, wie viel Menschen betroffen sind, welche Verbindungen es gibt und welche Funktion dieser Plätze haben können. Eine Ortsmitte soll Menschen anziehen. Bücherei und Kirche sind schon da, er sieht deshalb diesen Bereich als Ortsmitte, die möglichst dauerhaft genutzt werden sollte. Der Hindenburgplatz ist als Ortsmitte nicht wirklich erkennbar. Für sein Büro sind die Punkte Baukultur, Gemeinschaft, Regionalität und Nachhaltigkeit wichtig. Er schlägt deshalb als Ersatz für das alte Rathaus eine Art Markthalle als Begegnungsort mit Veranstaltungssaal und Stadtcafé vor.



STADT AICHTAL

Man könnte dort das ländliche Bauen revitalisieren und die Themen Ernährung und Gesundheit ansiedeln. Hierfür gibt es möglicherweise auch entsprechende Fördertöpfe.

Herr Haas stellt nun den Entwurf seines Büros genauer vor. Er gliedert sich in die vier Teile Hindenburgplatz, Hindenburgstr. 26, Rathausgasse 3 und altes Rathaus. Diese Teile sieht er als Perlenkette und bemerkt dazu, dass die Topographie hier eine gewisse Herausforderung ist. Den Hindenburgplatz sieht er als Stadteingang und Auftakt für ein Fußgängerband. Für den Marktplatz, also den Bereich des alten Rathauses, schlägt er eine unten offene Halle mit Schiebetüren vor. Das Parken sollte dort unbedingt zurückgedrängt werden.

Für die Rathausgasse 3 hat sein Büro Wohnen angedacht. Hierfür sollte auch eine gewisse Privatheit entstehen. Das Grundstück Hindenburgstr. 26 sollte ebenfalls zum Wohnen genutzt werden.

Der Hindenburgplatz sollte als Eröffnungssequenz gestaltet werden. Der Platz könnte gedreht und das dort vorhandene Kriegerdenkmal auf dem Platz an die Kopfseite verschoben werden. Der Biergarten der dort vorhandenen Kneipe muss in die Überlegungen ebenfalls einbezogen werden. Insgesamt sollte der Platz beispielsweise mit einer Lehmmauer eingefriedet und die bisher vorhandenen Parkplätze zur Seite Richtung Nürtinger Str. 2 verlegt werden. Die Erreichbarkeit ist damit immer noch gewährleistet.

Bürgermeister Kurz bedankt sich für die beeindruckende Vorstellung. Es ist gut, welche Schätze Aichtal hat und wie die Ortsmitte Grötzingens aus ihrem Dornröschenschlaf geweckt werden könnte. Er betont, dass es sich bei den Plänen nur um eine Vision handelt und noch nicht um Entwürfe.

Stadtrat Steck betont, dass der Gemeinderat wünscht, den Hindenburgplatz vorrangig anzugehen. Dieser kommt ihm momentan jedoch etwas zu kurz. Die Markthalle ist zwar sehr gelungen, allerdings kann das Nutzungskonzept hier durchaus in Frage gestellt werden. Diese Visionen müssen unbedingt ausführlich diskutiert werden. Den Vorschlag, den Hindenburgplatz zu drehen, begrüßt er. Die Parkplätze in Richtung Bäckerei Veit zu verlegen hält er für weniger gelungen. Er bittet um Alternativentwürfe. Nutzungskonzepte sollten in Bürgerbeteiligungen ausgearbeitet werden. Für ihn stellt sich die Frage, wo die Ortsmitte für die Bürger angesiedelt ist und wo beispielsweise künftig der Markt abgehalten werden kann.

Stadtrat Mack hält die Vorschläge für sehr gelungen. Jedoch ist auch er der Meinung, dass man sich erst einmal auf den Hindenburgplatz konzentrieren sollte. Das Konzept des Büros für den Hindenburgplatz begrüßt er. Allerdings findet er es schwierig, dass quasi auf dem ehemaligen Pestfriedhof geparkt werden soll. Dies ist für ihn unpassend. Das Grundstück Hindenburgstr. 26 sollte als Parkplatz angedacht werden.

Für Stadträtin Schwarz ist der Hindenburgplatz die faktische und gelebte Ortsmitte. Hier muss es Parkplätze geben. In Aichtal ist man nicht gewillt, vom Parkplatz zu den Läden weit zu laufen. Deshalb sind die Einzelhändler auf die Parkplätze hier angewiesen.



Stadtrat Schaal begrüßt die Idee der Markthalle, die allerdings für ihn noch in weiter Zukunft liegt. Die Ortsmitte zu verlegen, könnte er sich durchaus vorstellen. Auch die Drehung des Hindenburgplatzes begrüßt er. Jetzt muss es aber an die Feinarbeit gehen. Wichtig ist für ihn auch, den Fußweg zwischen Hindenburgplatz und Rathausplatz zu erhalten. Er legt Wert auf eine Bürgerbeteiligung und will diese im Beschluss verankert sehen.

Stadtrat E. Harrer ist der Ansicht, dass Aichtal für eine Markthalle zu klein ist. Dazuhin lehnt er eine offene Halle ab, da sie dazu verleitet, dass sich dort Unbefugte aufhalten und Störungen verursachen.

Stadträtin Thaler möchte, dass überlegt wird, wo der Markt stattfinden kann, wenn der Hindenburgplatz wie vorgeschlagen gestaltet wird. Eventuell sollte die Grabenstraße doch in den Platz miteinbezogen werden. Sie regt an, Parkplätze nördlich des Hindenburgplatzes an der Nürtinger Straße zu schaffen. Außerdem erinnert sie an das Forum der Generationen, bei dem ebenfalls Ideen und Wünsche geäußert wurden, die zumindest geprüft werden sollten.

Herr Haas dankt für die vorgebrachten Anregungen. Auch er betont nochmals, dass es sich bei seinen Vorschlägen noch nicht um einen Entwurf handelt. Er begrüßt ein gemeinsames Überlegen der Zieldefinitionen. Ganz wichtig ist hierbei auch, den Stellenwert des Autos zu definieren. Sollte der Gemeinderat verschiedene Alternativvorschläge wünschen, könnte auch ein Wettbewerb durchgeführt werden.

Abschließend fasst der Gemeinderat folgenden einstimmigen

B e s c h l u s s:

Die Vorstellung der städtebaulichen Visionen zur Neugestaltung des Hindenburgplatzes und dessen Umfeldes in Aichtal-Grötzingen werden zur Kenntnis genommen und deren Umsetzung in der unmittelbaren und mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt.

Es wird eine Bürgerinformation und -beteiligung durchgeführt. Die Anregungen des Gemeinderates und der Bürgerschaft zu den Entwürfen werden in die weitere Planung eingearbeitet beziehungsweise berücksichtigt. Es erfolgt außerdem eine Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Technik.

Für das Haushaltsjahr 2024 werden Finanzmittel für die Entwurfsplanung „Hindenburgplatz“ und für die Umgestaltung dieses Bereichs eingeplant.

§ 6

Stadtentwicklung - Ausnahme von der Veränderungssperre für das Bauvorhaben Silcherstraße 5 in Aichtal-Neuenhaus

Zu diesem Tagesordnungspunkt erhielt jeder Stadtrat die Vorlage Nr. 109/2023. Sie ist diesem Protokoll beigelegt.



Der Gemeinderat der Stadt Aichtal hat in der Sitzung am 26.06.2023 den Aufstellungsbeschluss für das Gebiet „Traube/Krone Areal“ in Aichtal-Neuenhaus gefasst. Zur Sicherung der Planung für diesen Bereich wurde in der Sitzung eine Veränderungssperre gemäß § 14 BauGB beschlossen. Damit können im Geltungsbereich der Veränderungssperre Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt werden.

Nach § 14 Abs. 2 BauGB können von der Veränderungssperre Ausnahmen durch die untere Baurechtsbehörde zugelassen werden. Dies geschieht im Einvernehmen mit der Gemeinde.

Der Vorlage liegen die Entwurfsunterlagen für das Vorhaben Silcherstraße 5 in Aichtal-Neuenhaus bei. Das Baugrundstück liegt innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans „Traube/Krone Areal“. Die Veränderungssperre gilt entsprechend.

Das in den Planunterlagen dargestellte Gebäude entspricht im Wesentlichen den durch den Bebauungsplan verfolgten städtebaulichen Zielsetzungen. Darüber hinaus stellt die Planung nun grundsätzlich das Baukonzept dar, für das der AUT bereits in der Sitzung am 06. Juli 2022 das Einvernehmen hergestellt hat. Aus Sicht der Verwaltung kann das gemeindliche Einvernehmen erneut erteilt und der Ausnahme von der Veränderungssperre zugestimmt werden.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat folgenden einstimmigen

B e s c h l u s s:

Der Ausnahme von der Veränderungssperre für das Bauvorhaben Neubau von zwei Doppelhaushälften, Silcherstraße 5 in Aichtal-Neuenhaus, wird zugestimmt. Grundlage für diese Entscheidung sind die Entwurfsunterlagen des Planungsbüros Rostan vom 06.07.2023.

§ 7

Freiwillige Feuerwehr Aichtal - Vorstellung der Machbarkeitsstudie und Konkretisierung des Standortes des zukünftigen Feuerwehrhauses

Jeder Stadtrat erhielt zu diesem Tagesordnungspunkt die Vorlage Nr. 103/2023, die dem Protokoll beigelegt ist.

Stadtrat Alber erklärt sich bei diesem Tagesordnungspunkt für befangen und verlässt den Ratstisch.

Bürgermeister Kurz begrüßt bei diesem Tagesordnungspunkt die Vertreter des beauftragten Büros Herrn Brücklmeier und Herrn Oberfrank.

Bürgermeister Kurz berichtet rückblickend, dass in den letzten Jahren 13 Standorte geprüft und auch wieder verworfen wurden.



STADT AICHTAL

Bevor fortgefahren werden kann, meldet sich Stadtrat Mack und erkundigt sich, ob der Gesamtkommandant der Feuerwehr an der Beratung teilnimmt. Seiner Meinung nach muss dies der Fall sein.

Bürgermeister Kurz erklärt, dass dieser zur Sitzung eingeladen wurde, anwesend ist und nachher auch Gelegenheit bekommen wird, sich zu äußern.

Zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr Aichtal ist der Neubau eines Feuerwehrhauses erforderlich. Der Gemeinderat hat die Verwaltung im Juli 2022 mit einer Machbarkeitsstudie beauftragt, um einen geeigneten Standort zwischen den Stadtteilen Aich und Grötzingen untersuchen zu lassen. Der Standort muss sich auf freier Strecke zwischen den Stadtteilen Aich und Grötzingen im Bereich der Landstraße 1185 befinden. Unter Abwägung aller Argumente soll an diesem Standort ein Feuerwehrhaus geplant werden, das geeignet ist, alle drei Abteilungen der Freiwilligen Feuerwehr Aichtal unterzubringen beziehungsweise dort zu konzentrieren. Der hierzu notwendige Prozess muss unter aktiver Einbeziehung der Angehörigen der Einsatzabteilungen erfolgen. Die Leistungsfähigkeit eines Standortes an dieser Stelle wurde im Rahmen der Feuerwehrbedarfsplanung 2022 nachgewiesen.

Zur Erbringung der Teilleistung der Standortuntersuchung dieses Auftrages hat die Verwaltung das Büro KPlan aus Abensberg mit der Untersuchung der drei möglichen Standorte beauftragt. Das Büro KPlan ist bundesweit als Planungsbüro für Feuerwachen tätig und gilt als anerkanntes Fachbüro für diesen Sektor.

Gemeinsam mit der Führung der Freiwilligen Feuerwehr Aichtal wurde ein entsprechendes Raumkonzept entwickelt, das die Grundlage für die Untersuchung durch das Büro KPlan darstellt. Auf Grund dieser Vorstellungen und der gesetzlichen Vorgaben ist ein fiktiver Baukörper entstanden, der in den grafischen Ergebnissen der Studie dargestellt wird.

Es wurden drei Standorte untersucht. Herr Brücklmeier gibt nähere Erläuterungen. Er weist darauf hin, dass es sich hier nicht um einen fertigen Entwurf, sondern lediglich um eine Machbarkeitsstudie handelt.

Alle drei Varianten sind grundsätzlich als Standort für ein Feuerwehrgebäude denkbar. Die Variante 1 hat sich dabei im direkten Vergleich als Vorrangstandort herausgestellt. Die topografischen Gegebenheiten überzeugen im Vergleich zu den beiden Alternativstandorten. Darüber hinaus sind die naturschutzrechtlichen Konfliktpotentiale für das Vorhaben im baurechtlichen Außenbereich an dieser Stelle verhältnismäßig niedrig.

Die Varianten 2 und 3 sollen aber nicht ausgeschlossen werden. Sofern sich im anstehenden Planungsprozess unerwartete Parameter ergeben, die zum Ausschluss der Variante 1 führen, kann auf die Alternativen zurückgegriffen werden.

Als sinnvolle Ergänzung zum geplanten Feuerwehrgebäude wurde im Zuge der Machbarkeitsstudie ebenfalls untersucht, ob in Verbindung mit dem Vorhaben auch zwei zusätzliche Baukörper für die Einrichtung einer Wache für den Rettungsdienst und zur Energieerzeugung



STADT AICHTAL

gung für die Einbindung in ein lokales Nahwärmenetz möglich sind. Die entsprechenden Flächen für diese Nutzungen sind vorhanden und in den Lageplänen dargestellt.

Die Ergebnisse des Büro KPlan wurden dem Amt für Katastrophenschutz im Landkreis Esslingen übermittelt. Gegenüber der Stadtverwaltung wurde bestätigt, dass aus dieser fachlichen Einschätzung alle drei Standorte geeignet sein werden und keine Bedenken bestehen.

Eine Auswertung realer, zeitkritischer Einsätze innerhalb der vergangenen fünf Jahre belegt, dass die Eintreffzeit von 10 Minuten innerhalb Aichtals von einem Standort aus erreicht werden kann.

Das geplante Gebäude für die Freiwillige Feuerwehr Aichtal stellt das bisher größte und finanziell aufwändigste Hochbauvorhaben in der Stadt dar. Mit der Realisierung an diesem Standort wird die Leistungsfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr Aichtal für die nächsten Jahrzehnte sichergestellt.

Die Leistungsfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr Aichtal ist derzeit eingeschränkt. Um dem Begriff „leistungsfähig“ gerecht zu werden, müssen gemäß den Hinweisen zur Leistungsfähigkeit der Feuerwehr des Landesfeuerwehrverbandes und des Innenministeriums Baden-Württemberg die Bemessungswerte Eintreffzeit, Einsatzkräfte und Einsatzmittel gleichzeitig erfüllt sein.

Die Abteilung Neuenhaus ist personell nicht mehr in der Lage, Brandeinsätze oder Einsätze der technischen Hilfeleistung mit Ausnahme einer Ölverschmutzung der Fahrbahn selbständig abzuarbeiten. Der Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr Aichtal hat daher bereits die Alarm- und Ausrückeordnung angepasst. Um die restlichen Mitglieder der Abteilung Neuenhaus weiter für den ehrenamtlichen Dienst motivieren zu können, ist eine langfristige Perspektive in Form einer Fusion unumgänglich.

Das Feuerwehrhaus der Einsatzabteilung Grötzingen in der Rathausgasse erfüllt in keiner Weise die Anforderungen an ein Feuerwehrhaus und besitzt bezüglich der Belange des Arbeitsschutzes maximale Defizite. Fahrzeuge, die im Zuge der Ersatzbeschaffung notwendig werden, können auf Grund der Platzverhältnisse dort nicht mehr vorgehalten werden. Der Neubau für diese Abteilung ist alternativlos.

Mit der Realisierung des neuen Standortes entsteht in Aichtal ein zukunftsfähiger leistungsstarker Standort für die Freiwillige Feuerwehr Aichtal auf der Gemarkung Aich. Der bestehende Standort der Einsatzabteilung Aich befindet sich lediglich 750 Meter (Luftlinie) von dieser Fläche entfernt. In der Vergangenheit konnte festgestellt werden, dass das Feuerwehrhaus im Schlaitdorfer Weg einer dauerhaften Gefährdung durch Hochwasser ausgesetzt ist. Darüber hinaus bestehen zahlreiche Forderungen, diesen Standort zu ertüchtigen beziehungsweise zu erweitern. Die Aufnahme weiterer aktiver Mitglieder erscheint auf Grund der vorhandenen Ressourcen fraglich.

Aus Erfahrungen anderer Kommunen, die den langwierigen Prozess zur Konzentration mehrerer Einsatzabteilungen an einem Standort vollzogen haben, lassen sich verschiedene posi-



tive Effekte wie beispielsweise Effizienzsteigerung, Kosteneinsparungen, Synergieeffekte aber auch die Stärkung der Gemeinschaft und Kameradschaft erkennen.

Durch eine frühzeitige Entscheidung für die langfristige Entwicklungsperspektive am geplanten Standort stehen für die Herausforderung einer Zusammenführung der drei Abteilungen mehrere Jahre zur Verfügung.

Herr Oberfrank stellt mit einer Computerpräsentation die einzelnen Entwürfe vor. Er verweist dabei auf die topographischen Besonderheiten. Bei Variante 1 ist die zu überwindende Neigung gut machbar, bei Variante 2 ist die Topographie stark ansteigend, was für die Einsatztaktik schwierig ist. Variante 3 zeigt die meisten Defizite auf.

Herr Brücklmeier ergänzt, dass bei Variante 1 nur sehr wenig Erdbewegungen notwendig sind. Umkleiden und der Alarmhof befinden sich auf einer Ebene. Bei Variante 2 ist dies nicht möglich, hier befinden sich diese auf zwei Ebenen. Bei Variante 3 befindet sich zudem der Parkplatz noch unterhalb, so dass die Einsatzkräfte erst einmal nach oben laufen müssen. Variante 3 verursacht dazuhin die höchsten Kosten.

Bürgermeister Kurz fasst zusammen, dass zwar alle drei Standorte geeignet sind, Standort 1 jedoch, auch von den Kosten her, favorisiert wird. Er bittet nun Gesamtkommandant Flamm an den Sitzungstisch, damit dieser seine feuerwehrtaktische Beurteilung abgeben kann.

Herr Flamm begrüßt, dass alle drei Varianten machbar sind. Dies sorgt für eine maximale Flexibilität. Die Variante 1 ist auch der Favorit der Feuerwehr. Variante 2 wird von der Feuerwehr abgelehnt. Herr Flamm blickt noch einmal in das Jahr 2022 zurück, als dieses Thema im Gemeinderat behandelt wurde. Damals wurde beschlossen, dass auf einem Standort zwischen Aich und Grötzingen bis zu drei Abteilungen untergebracht werden könnten. Seiner Ansicht nach ging das „bis zu“ unter, was er nicht gut findet. Die Feuerwehr erwartet von Verwaltung und Gemeinderat den Auftrag, den Prozess dementsprechend offen anzugehen. Er verweist auf den Bedarfsplan, der als Ergebnis eine Zwei-Standort-Taktik ergab. Das Gutachten lehnt nur einen einzigen Standort ab. Weiter verweist er auf den Feuerwehrausschuss, der extra für dieses Thema ins Leben gerufen wurde und den Prozess begleiten sollte. Herr Flamm betont, dass die Feuerwehr allem offen gegenübersteht, sich aber nichts überstülpen lassen möchte. Keinem ist gedient, wenn die Feuerwehr nachher zu langsam ist und zu spät am Einsatzort eintrifft.

Stadtrat Schaal sieht dies genauso. Er spricht sich für einen offenen Prozess aus. Er schlägt vor, heute nur über Beschlussantrag 1 abzustimmen, also nur den Standort zu beschließen.

Stadtrat J. Harrer schließt sich dem an. Die Kommunikation zwischen Feuerwehr und Verwaltung muss sich verbessern, offene Fragen müssen geklärt werden. Er möchte hier kein Ergebnis vorgeben.

Stadträtin Schwarz stellt fest, dass irgendwann eine Entscheidung fallen muss. Sie verweist auf den Feuerwehrausschuss. Dieser muss den Prozess vorantreiben, der gegebenenfalls in der Zusammenlegung der Abteilungen endet. Ihres Wissens nach traf der Ausschuss sich



STADT AICHTAL

nur zwei Mal, dabei ging es wohl aber um andere Themen. Sie empfiehlt ein regelmäßiges Zusammenkommen des Ausschusses. Stadtrat Schaal widerspricht sie. Sie möchte den Beschlussantrag Nr. 2 nicht gestrichen haben.

Stadtrat Kimmich ist es wichtig, die Feuerwehr mitzunehmen. Dazu gehört auch, im und mit dem Feuerwehrausschuss zusammenzuarbeiten.

Stadtrat Bubeck schließt sich seiner Kollegin Schwarz an. Man muss in diesem Thema jetzt weiterkommen und es nicht immer nur aufzuschieben. Das Feuerwehrmagazin Grötzingen kann nicht mehr weiter bestehen. Es ist jetzt an der Zeit, alles größer zu denken und über den Tellerrand hinauszuschauen. Der Nachwuchs wird insgesamt weniger, deshalb muss zusammengearbeitet und eine starke Wehr gebildet werden. Man wird nicht darum herumkommen. Er erinnert an die Verpflichtung des Gemeinderats gegenüber der Bevölkerung.

Dies sieht auch Stadtrat Kimmich so und verweist auf das gelungene Projekt in Straubenhardt.

Bürgermeister Kurz hat Verständnis für verschiedene Bedenken. So gibt es offene Fragen, die parallel zur Objektplanung geklärt werden müssen, wie beispielsweise was mit den Fahnen geschieht. Er schlägt eine externe Unterstützung im ganzen Prozess durch einen Mediator vor. Die Verwaltung ist Beteiligte und sollte deshalb den Prozess nicht moderieren. Wichtig ist ihm die Entscheidung für ein gemeinsames Feuerwehrmagazin. Er möchte der Bevölkerung nicht erklären müssen, warum es im Abstand von nur 700 m zwei Feuerwehrmagazine geben könnte.

Für Stadtrat E. Harrer ist klar, dass das Feuerwehrmagazin Aich im HQ 100-Gebiet und damit am falschen Standort liegt. Deshalb muss hier nach einer Lösung gesucht werden. Jetzt hat man die Gelegenheit, ein großzügiges Feuerwehrhaus zu schaffen, diese sollte man unbedingt ergreifen.

Bürgermeister Kurz blickt auf die Jahre zurück, in denen dieses Thema schon den Gemeinderat beschäftigt hat. Er macht deutlich, dass es niemandem gelingen wird, alle glücklich zu machen. Es müssen Fakten und trotzdem auch Emotionen berücksichtigt werden. Er zitiert ein Schreiben der UKBW, das ihn heute wegen des Feuerwehrmagazins Grötzingen erreichte. Diese verlangt, dass in der Planung eines neuen Feuerwehrmagazins ohne Verzögerung fortgefahren werden muss. Im Grötzingen Magazin besteht Gefahr für Leib und Leben für die Feuerwehrleute. Das kann der Bürgermeister nicht mehr länger verantworten. Seit 13 Jahren sind dem Gemeinderat diese Missstände bekannt. Deshalb sind alle auch dafür verantwortlich und müssen nun aktiv werden. Wird nicht gebaut, muss sogar an ein Provisorium für die Grötzingen Wehr angedacht werden, das weitere Kosten verursacht. Bürgermeister Kurz erklärt, dass er die Vorgaben der UKBW umsetzen muss, die Zeit also drängt. Er bittet den Gemeinderat deshalb eindringlich, jetzt eine Entscheidung für ein gemeinsames Feuerwehrmagazin zu treffen und den Planungsprozess voranzutreiben.

Stadträtin Sturm stellt fest, dass man sich bezüglich des Standorts 1 einig ist. Sie möchte nur über den Standort abstimmen.



STADT AICHTAL

Stadträtin Madera greift Bürgermeister Kurz an. Mit seinem Wahlversprechen, kein neues Feuerwehrhaus allein für die Abteilung Grötzingen neben die katholische Kirche zu bauen, hat er den Weg für eine Zusammenlegung der Abteilungen bereitet. Damit ist er verantwortlich für die ungute Situation. Sie will sich hier nicht unter Druck setzen lassen.

Auch Stadtrat Schaal wiederholt, dass er nicht über eine Zusammenlegung entscheiden möchte. Dieser Prozess muss offen angegangen werden.

Stadtrat Steck rechnet der Feuerwehr hoch an, dass sie sich ebenfalls für Standort 1 ausgesprochen hat. So ist man sich diesbezüglich wenigstens einig. In Gesprächen mit der Feuerwehr stellte er fest, dass man in der Entscheidungs- und Lösungsfindung bereits schon mal weiter war. Dies ist nun nicht mehr der Fall und er macht hierfür die Verwaltung verantwortlich. Er hat Verständnis dafür, dass es bei der Feuerwehr Widerstände gibt. Trotzdem empfindet er die Feuerwehr offener und gesprächsbereiter als die Verwaltung. Er persönlich glaubt an ein Zusammenwachsen aller drei Abteilungen.

Stadtrat Mack möchte heute ebenfalls nur über den Standort beschließen. Für ihn hapert es momentan an der Kommunikation zwischen Verwaltung und Feuerwehr. Er bemängelt, dass der Feuerwehrausschuss nicht wirklich seine Arbeit aufgenommen hat. Man sollte hier unbedingt schnell zusammenkommen. Das letzte Jahr wurde bezüglich der Zusammenarbeit komplett verschlafen. Er appelliert an alle Beteiligten, miteinander zu sprechen, einander zuzuhören und Verständnis für einander zu entwickeln. Es gibt durchaus gute Gründe für eine gemeinsame Feuerwehr. Dafür müssen vorher aber noch viele Steine aus dem Weg geräumt werden. Es müssen gemeinsame Ziele definiert und auch eine Zeitachse festgelegt werden.

Bürgermeister Kurz stimmt dem zu und verweist auf Beschlussvorschlag Nr. 2, der eben dies beinhaltet. Es muss klar sein, welches Ziel man hat und er appelliert an die Anwesenden, diesem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Stadträtin Schwarz hält eine Zieldefinition für unbedingt wichtig. Mit der Zieldefinition entscheidet man noch nicht über eine Zusammenlegung. Nach der Sommerpause sollte sich der Feuerwehrausschuss regelmäßig treffen und alle sollten schnell auf ein Ergebnis hinarbeiten.

Stadtrat E. Harrer bekräftigt diese Aussage. Eine Zieldefinition muss festgelegt werden.

Bürgermeister Kurz sieht dies ebenso. Bezüglich des Mediators betont er nochmals, dass dieser notwendig wird. Die Verwaltung ist in diesem Prozess Mitwirkende und nicht Moderatorin.

Stadträtin Madera meldet sich nochmals zu Wort und fordert vehement, dass der Gesamtkommandant für voll genommen werden muss.



Da es keine neuen Argumente gibt, lässt Bürgermeister Kurz über die Beschlussanträge der Verwaltung abstimmen.

Mit 16 Ja-Stimmen und einer Enthaltung fasst der Gemeinderat folgenden

B e s c h l u s s:

1. Die Standortvariante 1 des Büro KPLan wird als Vorrangvariante weiterverfolgt. Die Standortvarianten 2 und 3 werden parallel als weitere Optionen gehandelt. Die entsprechenden Schritte zur Schaffung des Planungsrechts im Bereich Standortvariante 1 sind von der Verwaltung in die Wege zu leiten. Die Grunderwerbsverhandlungen sind aufzunehmen.

Mit neun Ja-Stimmen und acht Nein-Stimmen fasst der Gemeinderat folgenden

B e s c h l u s s:

2. Die Freiwillige Feuerwehr Aichtal und die Stadtverwaltung werden beauftragt, einen Prozess zu initiieren, der als Zieldefinition die Zusammenlegung der bestehenden Einsatzabteilungen mit Fertigstellung der neuen Feuerwache an diesem Standort beinhaltet. Mit dem Bezug des neuen Komplexes werden die vorhandenen Standorte der Freiwilligen Feuerwehr Aichtal einer nachhaltigen Weiterverwendung zugeführt.

§ 8

Sachzuwendung zur Mitarbeiterbindung

Die Vorlage Nr. 106/2023, die jeder Stadtrat erhielt, ist diesem Protokoll beigelegt.

Die Bindung und Motivation der Mitarbeitenden sind für den reibungslosen Arbeitsablauf bei der Stadtverwaltung und den öffentlichen Einrichtungen von entscheidender Bedeutung. Eine gestärkte Mitarbeiterbindung trägt nicht nur zur Arbeitszufriedenheit bei, sondern fördert auch die Effizienz und Produktivität der Mitarbeiter. Als Wertschätzung für die wichtige Arbeit und das Engagement ist es aus Sicht des Bürgermeisters wichtig, angemessene Anreize und Belohnungen anzubieten.

Der Geburtstag eines Mitarbeiters bietet eine gute Gelegenheit, die individuelle Wertschätzung zu zeigen und eine positive Arbeitsatmosphäre zu fördern. Dieser Beitrag dient nicht nur als finanzielle Unterstützung, sondern auch als symbolische Geste, um den Mitarbeitern zu zeigen, dass ihre Arbeit geschätzt wird.

Sogenannte Aufmerksamkeiten an Arbeitnehmende sind bis zu 60 Euro steuerfrei, wenn diese aus Anlass eines besonderen persönlichen Ereignisses wie beispielsweise Geburtstage zugewendet werden. Sie gehören nicht zum Arbeitslohn. Eine Umwandlung von Arbeits-



lohn zugunsten von Aufmerksamkeiten ist hingegen nicht zulässig. Die Sachzuwendung ist nur dann steuerfrei, wenn diese auf die Stadt Aichtal MasterCard gebucht wird.

Bei insgesamt 204 Mitarbeitern, die im Laufe eines Jahres Geburtstag haben, würde die Bereitstellung eines Geburtstagsbeitrags von 60 Euro pro Mitarbeiter zu Kosten von 12.240 Euro führen. Um den Verwaltungsaufwand so gering wie möglich zu halten, soll die Auszahlung über die Stadt Aichtal MasterCard erfolgen.

Im Verwaltungsausschuss wurden die oben aufgeführten Überlegungen der Stadtverwaltung angesprochen. Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses begrüßten grundsätzlich die Einführung des Geburtstagsgeldes. Es wurde seitens des Gremiums gewünscht, dass keine Unterschiede beim Beschäftigungsumfang getätigt werden.

Ohne weitere Aussprache folgt der Gemeinderat der Empfehlung des Verwaltungsausschusses und fasst mit einer Nein-Stimme folgenden

B e s c h l u s s :

Der Gemeinderat beschließt die Gewährung eines Geburtstagsbeitrags von 60 Euro als Sachzuwendung zur Mitarbeiterbindung ab dem 01.01.2024. Die Sachzuwendung ist unabhängig vom Beschäftigungsverhältnis und gilt sowohl für Beschäftigte als auch für Beamte und wird auf die „Stadt Aichtal MasterCard“ gebucht. Die erforderlichen finanziellen Mittel werden in den Haushaltsplan 2024 und fortfolgende Haushaltspläne aufgenommen.

§ 9

Zustimmung zur Annahme von Spenden nach § 78 Abs. 4 GemO

Jeder Stadtrat erhielt zu diesem Tagesordnungspunkt die Vorlage Nr. 101/2023, die diesem Protokoll beigelegt ist.

Seit der Änderung der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg im Jahr 2006 ist für die Annahme oder die Vermittlung von Spenden die Zustimmung des Gemeinderates erforderlich. Er entscheidet über die Annahme oder Vermittlung von Spenden ab einer Höhe von 1.000,00 €.

Im ersten Halbjahr 2023 sind folgende Spenden bei der Stadt Aichtal eingegangen:

Eingang	Spender	Verwendungszweck	Betrag in €
19.01.2023	gut.org gemeinnützige Aktiengesellschaft, Betterplace.org	Spenden Goißabronna	2.437,50
08.03.2023	gut.org gemeinnützige Aktiengesellschaft, Betterplace.org	Spenden RadService Punkte	2.681,25



29.03.2023	Kinder- und Jugendfreundliches Aichtal e.V.	Spende Spielplatz Neuenhaus für Bogenstehkarussell	1.500,00
------------	---	--	----------

Stadtrat Schaal interessiert in diesem Zusammenhang, wie es mit dem Goißabrunnen weitergeht. Bürgermeister Kurz erklärt dazu, dass hierüber zu gegebener Zeit selbstverständlich der Gemeinderat entscheidet.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei einer Enthaltung folgenden

B e s c h l u s s:

Der Annahme der aufgeführten Spenden des ersten Halbjahres 2023 wird zugestimmt.

§ 10

9. Änderung Bebauungsplan "Schönblicksiedlung" in Aichtal-Grötzingen - Aufstellungsbeschluss und Billigung des Entwurfs

Jeder Stadtrat erhielt zu diesem Tagesordnungspunkt die Vorlage Nr. 110/2023, die diesem Protokoll beigelegt ist.

Der Stadt Aichtal liegt eine Bauanfrage für die Erstellung eines neuen Gebäudes mit betreuten Wohnungen auf dem Grundstück Adalbert-Stifter-Straße, Flurstück Nr. 3055 in Grötzingen vor. Das bislang bestehende Gebäude soll rückgebaut werden.

Das geplante Vorhaben fügt sich mit seiner zweigeschossigen Wirkung im Grundsatz gut in die vorhandene Umgebungsbebauung ein. Dennoch werden verschiedene Festsetzungen des bisherigen Bebauungsplanes, insbesondere die festgesetzten Baugrenzen sowie einzelne Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung und zur Gestaltung durch das Vorhaben, überschritten. Die Stadt befürwortet das Vorhaben zur Schaffung von Wohnraum im Innenbereich und insbesondere die Nutzung mit betreuten Wohnungen. Daher muss der Bebauungsplan geändert werden.

Stadtrat Schaal begrüßt das Vorhaben ebenfalls.

Stadtrat Mack bittet, rechtzeitig die Räum- und Streupflicht sowie die Unterhaltung der Zufahrt zu klären.

Bürgermeister Kurz erklärt, dass diese Themen im Rahmen des Bauantrags geklärt und besprochen werden müssen.



Mit einer Enthaltung fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss:

1. Der Bebauungsplan „Schönblicksiedlung“, rechtskräftig seit 20.08.1971, wird im Verfahren nach § 13a BauGB für die Innenentwicklung geändert. Die Bezeichnung der Planänderung lautet „Schönblicksiedlung - 9. Änderung“. Maßgeblich für den räumlichen Geltungsbereich der Bebauungsplanänderung ist der zeichnerische Teil des Planentwurfes in der Fassung vom 11.07.2023.
2. Zusammen mit dem Bebauungsplan werden örtliche Bauvorschriften nach §74 LBO geändert.
3. Der Planentwurf des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften „Schönblicksiedlung - 9. Änderung“ in der Fassung vom 11.07.2023 wird gebilligt.
4. Die Beteiligung der Öffentlichkeit wird in Form einer Planauslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

§ 11

Verschiedenes

a) Gemeindevollzugsdienst

Frau Zalder informiert den Gemeinderat, dass die Stelle des zweiten Vollzugsbediensteten inzwischen mit Herrn Jürgen Klock besetzt wurde. Er hat am 17.7.2023 seinen Dienst bei der Stadt aufgenommen.

b) Kindergartenangelegenheiten

Stadträtin Sturm interessiert der Stand beim geplanten zweiten Waldkindergarten. Bürgermeister Kurz berichtet, dass hier demnächst ein Termin mit dem KVJS stattfindet. Er wird den Gemeinderat dann wieder informieren.

Stadtrat Steck betont in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit der Schaffung von Kitaplätzen. Er spricht die angedachten Container beim Kindergarten in der Au an.

Herr Ochs berichtet, dass hierfür Angebote eingeholt wurden. Die Preise dafür sind erschreckend hoch. Außerdem wurde zwischenzeitlich klar, dass das vorhandene Grundstück nicht für eine Containeranlage ausreicht. Würde man ein Grundstück dazu erwerben, entstünden hier Kosten von circa 750.000 Euro. Eine Nutzung ist nur für vier Jahre angedacht. Es wird deshalb derzeit geprüft, ob es nicht sinnvoller wäre, ein anderes städtisches Gebäude zu einem Kindergarten auszubauen.



STADT **AICHTAL**

Stadtrat Steck bittet, hier keine Zeit verstreichen zu lassen und dieses Thema unbedingt auch im Ausschuss für Umwelt und Technik zu behandeln.

Herr Ochs sagt dies zu. Der Gemeinderat wird im Herbst informiert. Er erklärt, dass das Angebot für die Container erst seit gut einer Woche vorliegt.